

Grenzbetrachtungen

*Sara Abbasi / Anna Hochleitner / Merve Kania / Lise Känner /
Thea Kirsch / Nils Imgarten / Kentaro Inagaki / Tuna Kaptan /
Maximilian Pichl / Timo Tohidipur / Mate Ugrin*

1. INTERDISZIPLINÄRE PERSPEKTIVEN AUF DIE GRENZE

Die Kategorie der Territorialität und damit auch die Kategorie der Grenze, die schon begriffsgeschichtlich einen territorialen Einschnitt definiert, verliert im Zuge der Globalisierung nur vermeintlich an Relevanz, während zugleich die Frage nach den Zugangsbedingungen von Menschen zu politischen Räumen, seien sie national oder supranational definiert, an Bedeutung gewinnt. Dabei gehören Grenzen, zunächst unabhängig vom disziplinären Kontext, zu den Konstanten menschlichen Denkens und Handelns.¹ Als Rechtsvorschriften regulieren Grenzen nach einer In/out-Systematik soziale Handlungsbereiche, staatliche oder überstaatliche Zugriffsmöglichkeiten sowie Zuordnungen von Rechten und Pflichten.

Rechtlich gesetzte Grenzen sind Konstanten der zeitgenössischen politisch-rechtlichen Staatenrealität. Zugleich sind sie aber auch der (teilweise imaginierte) Ort, an dem das Versprechen auf steuerbare Migration umgesetzt werden soll: Neben den physischen sind es vor allem auch diese abstrakten Grenzen, die den Zuzug nach Europa bestimmen.

Obwohl Wanderungsbewegungen seit jeher Teil der Menschheitsgeschichte waren und auch zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen

1 Kleinschmidt, Christoph, Semantik der Grenze, APuZ 4-5/2014, S. 3.

gen geführt haben,² führen erleichterte Informationsgewinnung über Beschäftigungs- und Lebensaussichten in anderen Regionen im Zusammenspiel mit einer enormen weltweiten Ungleichheit der Lebensbedingungen zu einer verstärkten Migrationsentwicklung. Hinzu treten u.a. langfristige Umweltveränderungen und die Zunahme von militärischen Konflikten an der Peripherie der Europäischen Union (Nordafrika, Westasien), die ebenfalls Wanderungsbewegungen bzw. Fluchtursachen generieren.³ Die fortschreitende Globalisierung wirkt sich damit auch auf die transnationalen Grenzregime aus. Staaten oder Staatenkooperationen, die versuchen, Migration zu regulieren oder gar ihr Staatsgebiet betreffend zu unterbinden, sehen sich vor neue Probleme gestellt, wie gerade die Krise des Flüchtlings-schutzes seit 2015 verdeutlicht.⁴

In der öffentlichen Wahrnehmung spielt auch ein verändertes Gefühl für die Beständigkeit der bestehenden eigenen Staatsgrenzen eine Rolle. Die europäischen sowie weitere Staaten, die gemeinhin dem „Westen“ zugeordnet werden, erfahren aktuell die längste anhaltende Friedensphase ihrer Geschichte. Gleichzeitig verfestigte sich der völkerrechtliche Grundsatz der Souveränität der Staaten, welcher die territoriale Unversehrtheit eines Hoheitsgebietes in den Mittelpunkt politischer und rechtlicher Garantien stellt. Beides stärkt das gesellschaftliche und politische Gefühl einer (vermeintlichen) Bestandskraft der Staatsgrenzen mit Ewigkeitsgarantie. Das Bedürfnis, eine solche für das Bewahren der bestehenden sozialen Ordnungen zentrale Einrichtung zu schützen, wird durch diese noch jungen historischen Prägungen der „westlichen“ Gesellschaften verstärkt. Dieses Bedürfnis wird begleitet von der Wahrnehmung einer ausgeprägten Bedrohungslage durch Migration als solche, da diese innerhalb dieses Denkmusters die beiden oben beschriebenen Erfahrungen in Frage zu stellen vermag.

Migrationsbewegungen und Bestrebungen, ebenjene aufzuhalten, weisen im Regelfall für beide beteiligten Parteien eine hohe existenzielle Bedeutung auf. Während es für die migrierenden Menschen im schlimmsten Fall wortwörtlich um ihr Leben gehen kann, sieht sich ein Staat möglicherweise verpflichtet, seine soziale und (häufig) demokratische Ordnung zu

2 Oltmer, Jochen, Globale Migration, 3. Aufl. 2016, S. 7.

3 Oltmer, Jochen, Globale Migration, 3. Aufl. 2016, S. 123 ff., 128.

4 Cuttitta, Paolo, Das Europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen, in: Hess/Kasperek (Hrsg.), Grenzregime, 2010, S. 23.

erhalten. Aus Sicht der Staaten geht es auch hier um das Bewahren ihrer traditionellen *Existenzbedingungen*. Die Migrationsfrage ist also zugleich eine menschenrechtliche, soziale und demokratische Frage. Dies zeigt auf, dass die aufgrund widerstreitender Interessen an der Staatsgrenze entstehenden Konflikte hohe menschenrechtliche Implikationen aufweisen, die unmittelbar das Paradox liberaler Gesellschaften sichtbar machen, die zwischen Inklusion und Exklusion von Migration oszillieren. Migration kann deshalb je nach Perspektive sowohl als Garant als auch als Bedrohung menschenrechtlicher Errungenschaften verstanden werden.

Der Umgang mit Migration ist auch für die Europäische Union ein grundlegendes Thema, denn die Ausgestaltung des grundsätzlich grenzfreien Binnenmarktes ist abhängig von der Reichweite der Solidarität innerhalb der Europäischen Union und dem Verhältnis zur eigenen souveränen Staatlichkeit der Mitgliedstaaten. Die Europäische Union hat ein umfangreiches Regelwerk zur Steuerung und Regulierung von Migration etabliert, das mitgliedstaatliche Regeln zu Einwanderung und Grenzschutz ergänzt und in Teilen überformt. Gerade der europarechtliche Vorrang sorgte in den letzten Jahren für politische Verwerfungen zwischen denjenigen, die eine gesamteuropäische Lösung präferieren und jenen die auf die vermeintlich ungeteilte nationalstaatliche Souveränität in Migrationsfragen setzen wollen. Auch die EU-Institutionen müssen sich angesichts der oben beschriebenen menschenrechtlichen Implikationen der Regulierung von Migration einer kritischen Prüfung unterziehen lassen, inwieweit die bestehenden Regeln menschenwürdige Migration erschweren oder verhindern. Darauf aufbauend lässt sich auch allgemeiner fragen, ob die EU so den eigenen normativen Grundlagen und Ansprüchen noch gerecht wird. Zudem stehen zuweilen gerade solchen europarechtlichen Vorgaben, die Migration – sei sie regulär oder irregulär – flankieren und die Rechte Einzelner rechtlich untermauern sollen, mitgliedstaatliches Recht oder fehlende Ressourcen für eine praktische Umsetzung entgegen. Auch die einschlägigen völkerrechtlichen Normen wie z.B. die Genfer Flüchtlingskonvention oder das UN-Seerechtsübereinkommen werden nicht selbstverständlich eingehalten, vielmehr muss ihre Durchsetzung fortwährend politisch und rechtlich erkämpft werden.

Die vielgestaltigen Rechtsgrundlagen sind jedoch nur ein Pfeiler des Umgangs der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Grenzen und den daran anknüpfenden Zugangsbedingungen. Für ein breiteres Ver-

ständnis ist die Einbeziehung der politologischen, soziologischen, ökonomischen, journalistischen und künstlerischen Dimensionen überaus relevant. Erst in der Zusammenschau dieser disziplinübergreifenden Perspektiven lassen sich die Handlungsformen und -möglichkeiten der unterschiedlichen Akteur*innen und auch der Rechts- und Lebensstatus der Betroffenen verstehen.

2. AUFBAU DES SAMMELBANDS

Der vorliegende Sammelband versucht, sich dieser Gemengelage von Herausforderungen und Entwicklungen im Zusammenhang von Grenze und Migration aus unterschiedlichen (inter)disziplinären Perspektiven zu nähern. Dabei wird ein Bogen gespannt von theoretischen Erwägungen bis hin zu den konkreten Lebenserfahrungen von Migrierenden an und nach der Grenze.

Die komplexe Form der Verrechtlichung der Grenzen gilt es aus verschiedenen Zugängen heraus zu erarbeiten. Der Band dokumentiert daher zugleich einen Dialog zwischen den Disziplinen. Auf eine einheitliche Zitierweise wurde verzichtet, um die wissenschaftliche Interdisziplinarität auch formal sichtbar zu machen.

Lise Känner widmet sich in ihrem Beitrag den rhetorischen Verschiebungen von Staatsgrenzen und zeigt auf, dass die vermeintlich statische (Staats-)Grenze selbst unter den geltenden Bedingungen des Rechts aufgrund von politischer Rhetorik ihre tatsächliche Eindeutigkeit verliert und je nach Bedarf der verantwortlichen Akteure sprachlich neu gezogen wird. Sie arbeitet die hohe Relevanz des tatsächlichen wie behaupteten Grenzverlaufs für den Zugang zum Recht heraus und legt dar, dass gerade in Fluchtsituationen an der Grenze systematisch Rechtsbrüche betrieben werden.

Kentaro Inagaki betrachtet das Spannungsverhältnis von Exklusion und Inklusion im Liberalismus. Er zeigt am Beispiel des Vorschlags, Flüchtlingen die europäische Unionsbürgerschaft zu verleihen, wie das Paradox von Inklusion und Exklusion strukturell im Recht verankert ist und aktuell von jeweils anderen politischen Strömungen mobilisiert wird.

Anna Hochleitner hinterfragt in ihrer ökonomischen Perspektive auf Wanderungsbewegungen und Migrationspolitik kritisch die vermeintlich belastenden Auswirkungen von Migration auf die Arbeitsmarktbedingun-

gen und den Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat. Sie zeigt auf, dass öffentliche Wahrnehmung und volkswirtschaftliche Realitäten auch in diesem Kontext nicht notwendig übereinstimmen.

Nils Imgarten setzt sich ausgehend von einer Systematisierung des deutschen und europäischen Migrationsrechts mit der Möglichkeit der Schaffung legaler Zugangswege als Strategie zur Verringerung irregulärer Migration auseinander. Dabei nimmt er insbesondere aktuell diskutierte Vorschläge und Ansätze für ein Einwanderungsgesetz auf, stellt sie der bestehenden Rechtslage gegenüber und diskutiert alternative Reformvorschläge für ein neues Migrationsrecht auf nationaler und europäischer Ebene.

Merve Kania situiert die Debatten um ein Einwanderungsgesetz in einem historischen Kontext. Sie zeigt anhand einer Auswertung von Bundestagsdebatten, wie die Figur des „Wirtschaftsflüchtlings“ entstanden ist und damit einhergehend Diskurse um den Topos der „Sicherheit“ in der Migrationspolitik wirkmächtig wurden.

Thea Kirsch widmet sich der globalen und insbesondere europäischen Visumpolitik. Sie zeigt anschaulich auf welche Art und Weise das Visum zu dem kennzeichnenden Moment geworden ist, der über die globale Mobilität von Menschen entscheidet – und wie die selektive Gewährleistung von Rechten die ungleiche Macht- und Chancenverteilung auf der Welt verschärft.

Maximilian Pichl und *Timo Tohidipur* unterziehen die Praxis der Seenotrettung der Mitgliedstaaten und der EU im Lichte europäischer und völkerrechtlicher Normen einer kritischen Analyse. Die seitens der Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) angestrebte, umfassende Überwachung des Mittelmeerraums führt ihnen zufolge zu dem nicht intendierten Effekt, dass für sämtliche durch die Überwachung identifizierten Boote in Seenot eine Rettungspflicht begründet wird.

Sara Abbasi untersucht die Erfahrungen von Migration und dem Leben nach der Grenze aus einer journalistischen Perspektive und hinterfragt insbesondere, inwiefern soziale Medien Migration und Ankommen verändern.

Tuna Kaptan und *Mate Ugrin* haben während der Kollegwochen einen Film über die Ausnahmesituation vom Sommer 2015 am Budapester Bahnhof Keleti gedreht. Sie reflektierten in diesem Sammelband kurz über den Hintergrund des Films. Ein Zugangscode für den Film ist dem Sammelband beigelegt.

